

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 24. Juni 2004

„Hintertüren“ im EU-Verfassungsvertrag: In der Sozialpolitik droht schleichende Zentralisierung

Stiftung Marktwirtschaft veröffentlicht aktuelle Analyse

Wird beim neuen europäischen Verfassungsvertrag das Prinzip der Subsidiarität gewahrt oder ist er ein weiterer Schritt auf dem Weg zur „Eurokratie“? Die Stiftung Marktwirtschaft hat dies für den sensiblen Bereich der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik analysiert und kommt zu dem Schluß: Eine weitere Zentralisierung und Bürokratisierung der europäischen Politik ist zu befürchten. „Es bedarf nun öffentlicher Aufklärung, damit die Hintertüren im EU-Verfassungsvertrag nicht zu Einfallstoren für Dirigismus und Nivellierung werden“, fordert Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

„Bereits heute weist die europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik einen hohen Zentralisierungsgrad auf. Dies verhindert einen produktiven Wettbewerb der Staaten um die besten Konzepte in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und erschwert die Entwicklung bürger-naher Lösungen vor Ort“, schreiben Dr. Gerhard Schick und Marco Holtz in der jüngst erschienenen Publikation „Der neue europäische Verfassungsvertrag: Zentralisierungstendenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik“ (Band 87 der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“). Die neue Verfassung behält diese Richtung bei, so die Autoren.

Statt die Entscheidungsstrukturen effizienter zu gestalten, die politische Kontrolle durch die Bürger zu verbessern und für mehr Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten zu sorgen, führt die Verfassung in Teilbereichen zu einer noch stärkeren Zentralisierung. Diese ist in Zukunft auch durch den sogenannten „Lissabon-Prozeß“ zu befürchten, mit der Europa bis 2010 zur wachstumsstärksten wissensbasierten Region der Welt werden soll. Es besteht die Gefahr, daß diese Zielvorgaben von der Politik als Vorwand angeführt werden, um neue Handlungskompetenzen der Europäischen Union einzufordern.

Deshalb, so fordern die Autoren Schick und Holtz am Beispiel der Sozial- und Beschäftigungspolitik, müßten sinnvollerweise die Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und Union neu aufgeteilt werden. „Nur in wenigen Bereichen wie dem Wanderarbeitnehmerrecht sind europaweite Regulierungen erforderlich. In den übrigen sollte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eine Rückübertragung der Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten erfolgen.“

Klarere Verantwortlichkeiten wären außerdem eine entscheidende Voraussetzung dafür, 2009 nicht noch einmal einen Gipfel der Europamüdigkeit und ein Rekordtief der Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament zu erleben, so Dr. Michael Eilfort. „Wenn Regierungen keinen Mut zur Freiheit haben“, kritisiert der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, „dürfen sie sich nicht wundern, wenn so viele Menschen ihre Freiheit, zu wählen oder unternehmerisch und eigenverantwortlich zu handeln, nicht nutzen.“

(69 Zeilen à 40 Anschläge)

Die aktuelle Publikation „Zentralisierungstendenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik“ von Gerhard Schick und Marco Holtz (Band 87 in der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“) können Sie kostenlos von unserer Homepage downloaden unter:

<http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/user/11094/publi/argument87.pdf>

oder kostenlos bestellen unter:

schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057–33

Fax: (030) 206057–57

E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de

Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de